

Deutschland und seine Nachbarn.

Als abschließendes Urteil über den Besuch König Edwards in Berlin kann man in allen englischen Zeitungen lesen, daß das

Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn

in ein neues Licht gerückt sei, nachdem die Monarchen vor aller Welt ihrem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England immer freundschaftlicher werden möchten. Deutschland hat seit nahezu 40 Jahren versucht, mit seinen Nachbarn in Frieden, ja in Freundschaft zu leben; aber es ist nicht zu leugnen, daß die diplomatische Arbeit Englands in den letzten Jahren viel dazu beigetragen hat, in Frankreich, Rußland und in den Nordländern (Schweden, Norwegen und Dänemark) Mißtrauen gegen Deutschland zu sät. Immer wieder wurde in London auf die wachsende

deutsche Flotte

gezeigt, von der man annehmen müsse, daß sie für den Angriff auf andre Staaten berechnet sei. Und die Mär wurde rings von unfern Nachbarn geglaubt. Auch das englische Volk, das unter seinen beschleunigten Flottenrüstungen leidet, glaubt sie und bringt diesem Glauben Opfer über Opfer. Immer wieder aber treten einflußreiche Männer mit der Forderung auf, die Flottenrüstungen einzuschränken und zu diesem Zwecke ein Abkommen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. In weiteren Kreisen hatte man geglaubt, daß König Edwards Besuch in Berlin Gelegenheit bieten würde, diese schwerwiegende Frage zu besprechen. Diese Annahme war irrig, wie die über diesen Punkt im englischen Unterhause abgegebenen Erklärungen des Premierministers Asquith zeigen. Er erwiderte auf eine Anfrage, ob der Regierung Anregungen nichtamtlicher Art, die von Deutschland ausgehen und die Einschränkung der Flottenrüstungen betreffen, bekannt sind, und ob der Besuch des Königs in Deutschland hoffen lasse, daß irgend eine derartige Regelung eingeleitet werde: "Wir sind solche nichtamtlichen Anregungen nicht vor Augen gekommen; soweit ich unterrichtet bin, hält die deutsche Regierung an den Gesichtspunkten fest, die sie uns bekanntgegeben hat, daß nämlich ihr Marine-Programm ihren eigenen Bedürfnissen gemäß festgelegt ist und durch das, was wir tun, nicht in geringster Weise beeinflusst werden kann. Sie ist auch der Meinung, daß es natürlich ist, wenn wir diejenigen Schritte tun, die wir zum Schutze unserer eigenen Interessen für notwendig halten. Daher sind wir

in Berlin zu keiner Abmachung gekommen.

Nach vertraue aber darauf, daß der Besuch des Königs es klargestellt hat, daß die Flottenrüstungen nicht so angefaßt werden dürfen, als ob sie irgendeine Reibung zwischen beiden Ländern in sich schloßen."

Auf eine weitere Frage: Sollen wir annehmen, daß zwischen den Flottenbauprogrammen der beiden Mächte

kein Wettstreit

besteht, und daß die Flottenmärkte der einen nicht davon abhängt, was die andre tut? erwiderte Asquith: "Ich wünsche nicht, daß das aber irgend etwas anders angenommen wird, was ich nicht gesagt habe." Demnach scheinen also die Verhältnisse heute noch dieselben zu sein, wie vor dem Königsbesuch. Mit Zustimmung des englischen Volkes wird die Regierung für

Fortsetzung der Rüstungen

Sorge tragen.

Auch im

dänischen Folkething,

das die Beratung der Verteidigungsvorlagen in Angriff nahm, spielten die Beziehungen zu Deutschland eine große Rolle in der Debatte. Der ehemalige Minister-Präsident Christensen erinnerte daran, daß der Plan einer Neutralitäts-Verteidigung nach dem Kriege 1870/71 entstanden sei und alle Bündnispläne

erlöse. Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit den norddeutschen Brüdern sei nicht aufgegeben worden; sie sei jetzt aber nicht auf Annonen, sondern auf das Vertrauen zum Rechtsinn des deutschen Volkes gegründet. Wenn jemand käme, um Dänemark selbst dieses vorteilhafteste Bündnis anzubieten — sagte Christensen — würden wir es abschlagen müssen; wir wünschen gute, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland.

Alle Redner, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, die ihren Abrüstungsantrag empfanden, gaben der Seebefestigung Kopenhagens ihre Zustimmung. In wenigen Tagen werden auch die Parliamente Schwedens und Norwegens, sowie die belgische Kammer über Verhärthung der Landesverteidigung zum Schutze der Neutralität zu beraten haben. Unsere Nachbarn rüsten also alle. Sie treffen Maßnahmen für den Krieg, um den Frieden zu erhalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Unter dem Vorsitze Kaiser Wilhelms III. hat in Berlin die Königlich Preussische Kronrat Sitzung abgehalten, der etwa drei Stunden dauerte.

* Das kaiserliche Hoflager ist wieder von Berlin nach dem Neuen Palais bei Potsdam übergesiedelt.

* Der preussische Hof hat für den am 17. d. verstorbenen Großfürsten Vladimir Alexandrowitsch von Rußland, den Onkel des Jaren, die Trauer auf zehn Tage, bis einschließend den 27. d., angelegt. Der Verstorbene war ein abermals thätiger Offizier und einer der eifrigsten Verfechter der Selbstherrschaft.

* Der Entwurf betr. die Erhebung von Schiffsabgaben auf den nautischen Wasserstraßen, der jetzt dem Bundesrat zugegangen ist, will nicht nur im Wege der Reichsgelesung eine Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung im Sinne der Zuständigkeit einer solchen Abgabenerhebung herbeiführen, sondern will auch die gesetzliche Grundlage schaffen für die in den einzelnen Stromgebieten zu errichtenden Zweckverbände. In diesen sollen die Schiffahrtsinteressenten zusammengefaßt werden, einmal für die Bildung von Strombaukassen, in die die Abgaben abgeführt werden sollen, um wieder für Schiffahrtszwecke verwendet zu werden, und dann auch für andere ähnliche Einrichtungen. Allen diesen Organisationen wird das Recht der Selbstverwaltung verliehen. Der Entwurf soll möglichst bald an den Reichstag gebracht werden.

* Über die letzten Ereignisse in Kamerun: den Tod des Leutnants v. Stephani und die schweren Aberarisse von Soldaten, sind jetzt ausführliche Nachrichten im Kolonialamt eingetroffen. Danach waren die Unruhen, bei denen Leutnant v. Stephani den Tod fand, nur britischer Natur und haben keinen weiteren Umfang angenommen. Die Ruhe in den betreffenden Gebieten ist bereits wiederhergestellt. Die Gefolge, die zur Verwendung des Oberleutnants v. Stephani, des deutschen Kommandanten bei der deutsch-englischen Grenzfestlegung, führten, haben ausschließlich auf englischen Gebieten stattgefunden. Die Eingeborenen auf der deutschen Seite der Grenze haben die Expedition in jeder Weise unterstützt. Herr von Stephani ist bereits wieder vollständig hergestellt und leitet die Arbeiten der Grenzkommission weiter. Die Aberarisse der Soldaten, übrigen Angehörige der Polizei, nicht der Schutztruppe, waren nur auf ein kleines Gebiet beschränkt und haben nur eine lokale Erregung hervorgerufen, die keine Weiterungen veranlaßte und zu dem Tode des Leutnants v. Stephani in keinen Beziehungen stand.

England.

* Verschiedene Blätter berichten, König Edward werde im Laufe des Frühjahrs eine

Mittelmeerfahrt unternehmen, die Zeimnerfahrten von Messina besuchen und dann in Neapel mit dem König Viktor Emanuel zusammentreffen. Demgegenüber wird aus London halbamtlich gemeldet, daß der König sich vorläufig nur wie alljährlich für kurze Zeit nach Biarritz begeben werde.

Balkanstaaten.

* Die Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei ist nunmehr endgültig zustande gekommen. Der türkische Ministerrat hat auf Antrag des neuen Großwesirs Hilmi Pascha dem Abkommen mit Österreich-Ungarn zugestimmt. Zugleich hat Hilmi Pascha strenge Befehle zum Schutze der Ausschiffung der Postpakete in Beirut, Jaffa und anderen Orten gegeben. Einwigen Ausbreitungen solle mit Waffengewalt entgegengetreten werden. Damit wird auch der Handelsperre gegen Österreich ein Ende bereitet. Ist damit für den Frieden auf dem Balkan schon ein gewichtiger Schritt getan, so hat die Türkei noch einen weiteren Beweis ihrer Friedensliebe dadurch gegeben, daß sie sich entschlossen hat, die mehrfach unterbrochenen Verhandlungen mit Bulgarien wieder aufzunehmen und unbedingt zu einem Abschluß zu bringen. Hierbei wird Rußland Vermittlerdienste leisten. Zugleich aber wird der Vertreter des Karentreiches in Serbien zum ersten eines Abkommens mit Österreich wirken. Gegenwärtig ist zwar das Verhältnis zwischen Österreich und Serbien noch sehr gespannt, aber es darf als sicher angenommen werden, daß Rußlands Vermittlung auch hier eine Lösung der Krise herbeiführen wird.

Amerika.

* Der Senat der V. Staaten hat beschlossen, es künftig in das Ermessen des Präsidenten zu stellen, ob er die Flotte teilen, d. h. ein Geschwader im Atlantischen und ein im Stillen Ozean halten will. Bisher war gelegentlich die Flotte im Atlantischen Ozean stationiert.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die erste Beratung der Novelle zum Bankgesetz fort. Abg. Kaempff (fr. Sp.) begrüßte die Vorlage als ein gutes Gesetz. Seine Goldwährung habe die Feuerprobe bestanden; selbst wenn ein Krieg ausbräche, könnte ihr das nicht schaden. Präsident der Reichsbank Davenheim gab seiner Ermahnung Ausdruck über die Aufnahme, die die Vorlage gefunden habe. Abg. Frank-Mannheim (soz.) sprach sich gegen eine Verhaftung der Reichsbank aus. Dingen war Abg. Raab (soz.) für Verhaftung. Abg. Moosmann (fr. Sp.) erklärte, eine Verhaftung der Reichsbank werde niemals kommen. Solange die Reichsbank nicht selbst erklärt, sie brauche eine Erhöhung ihres Grundkapitals, sei eine solche Maßnahme auch nicht erforderlich. Abg. v. Dabrowski-Pomian (Pole) meinte, eine reine Reichsbank würde den Verzug haben, daß nicht mehr allgemeine Interessen mit denen der Anteilhaber zusammenkämen. Abg. Fehr v. Gamp (fr.) bemerkte, die Reichsbank habe auch die Aufgabe, Kreditbedürfnisse zu befriedigen, und deshalb bedürfe sie einer Stärkung ihrer Mittel. Nachdem sich nach Abg. Berner (sp.) für die Vorlage ausgesprochen, wurde dieselbe an eine Kommission verwiesen.

Am 19. d. steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung des sozialdemokratischen Antrages betr. Regelung des Verhältnisses der Arbeiter zu den ländlichen Arbeitern sowie Gesunde und ihren Arbeitgebern.

Abg. Krenn-Lobau (soz.) tritt dem Antrage entgegen, der im wesentlichen doch nur bezwecke, Unzufriedenheit zu sät. Nicht die sächsische Lage der Lage der Landarbeiter sei Ursache der Landflucht, sondern vielmehr die Vermögensungleichheit der Abwandernden. Daß die Arbeiter schlecht behandelt werden, sei unzutreffend. Seine Arbeiter seien seine Freunde und er der ihre. Der Redner ist im Zusammenhang außerordentlich schwer zu verstehen, namentlich auch, weil die vor der Tribüne dicht zusammengedrängten Konterpartien seine Ausführungen unabhängig mit Beifall und Beirückung bejahten. Der Präsident Graf Stolberg demog daran nicht zu ändern, obwohl er wiederholt, durch heftiges Schütteln der Glode vorübergehend Stille erzwingend, um mehr Ruhe bitten, da selbst er den dicht vor ihm sitzenden Redner nicht verstehen

konnte. Zum Schluß schildert Redner noch unter erneuten Beifallsausbrüchen seiner Parteifreunde, wie bei der letzten Reichstagswahl die sozialdemokratischen Abgeordneten sich in ihrem Wahlkreis vergeblich bemüht hätten, und wie ihnen auf seinem eigenen Gute von seinen Arbeitern gelang worden sei: wir wissen, was wir an untreuen Gutsherrn haben; macht daß ihr wegtommt!

Abg. Jubell (soz.): Den ländlichen Arbeitern verweigert man die einfachsten Menschenrechte. In den Kontrakten steht immer nur was von Arbeitgebern, aber nicht von denen der Arbeiter. Diese haben also nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, solche gegen die guten Sitten verstoßenden Kontrakte zu brechen. Wir verheben die Landarbeiter nicht. Andre Leute gebrauchen noch viel schärfere Worte über das Gend auf dem Lande. Denken Sie nur an den Bringen Ludwig von Bayern und an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.

Abg. Bindewald (Pole): Herr Jubell sollte doch über ländliche Arbeiterverhältnisse nicht reden, er hat ja kein Verhältnis dafür. Der Landarbeiter schämt sich nicht, Arbeit zu sein; auch nicht auf dem Gute seines Bruders. Aus dem sozialdemokratischen Antrage spricht nur der Haß gegen die ländliche Bevölkerung. Ich bin Großgrundbesitzer will man mich Verbrecher stampeln. Ich glaube nicht, daß es besser bei uns werden würde, wenn der Jeshogebois-Hofmann Kultusminister und Herr Jubell Landwirtschaftsminister werden würde.

Abg. Berner (soz.): Das Schimpfen des Herrn Jubell macht uns keine Sorge. Hunde, die viel bellen, beißen nicht. Woher kennt denn Herr Jubell die Landwirtschaft? Hat er sie vielleicht in seiner Pubertät kennen gelernt.

Abg. Jubell (soz.): Woher kennt denn Herr Berner die Landwirtschaft? Nach dem parlamentarischen Handbuch war er ja Kaufmann. Wenn ich solche Güte gehabt hätte, wie Herr Berner, wäre ich gewiß jetzt noch Gutsherr in Berlin.

Abg. Stadthagen (soz.) nimmt, mit ironischen Worten, die Rede des Herrn Jubell in Angriff. Diese Präzision passen ja zu dem landwirtschaftlichen Thema. Der Redner läßt statisch nachweisen, daß die Löhne auf dem Lande durchaus ungenügend seien. — Damit schließt die Diskussion.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen. Abg. Berner bemerkt: Herr Jubell hat mich geblöckelt beleidigt. Ich verhebe nicht, daß ihn der Präsident nicht zur Ordnung gerufen hat. Das ist recht sonderbar.

Abg. Berner: Das schadet nichts.

Abg. Stadthagen (soz.): Für diese Antwort rufe ich Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Erweiterung des Antrages an eine Kommission ist namentlich. Diese ergibt Annahme des Abwählungsantrages mit 209 gegen 106 Stimmen.

Es folgt die Beratung eines von den Abgg. Braundt und Gen. (Pole) beantragten Gesetzentwurfs betr. die Freiheit des Grundbesitzes.

Abg. v. Dabrowski-Pomian (Pole) empfiehlt den Gesetzentwurf, der auspricht, daß keinem Reichsangehörigen mit Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis, die politische Gesinnung, oder die Nationalität Beschränkungen irgend welcher Art bei dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundbesitz oder der Errichtung von Wohnstätten auferlegt werden dürfen. Alle entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen seien aufgehoben. Die Veranlassung zu dem Antrage ist das bekannte legislative Vorgehen gegen die Polen in Preußen. Selbst die ortsbürgerliche Veräußerung der „Polenfrage“ helfe einem Polen nicht über den „Gehörlers“ hinweg und gemäßigte ihm nicht die Anfechtungs-Gewaltigung bezw. die Erlaubnis, auf seinem eigenen Grund und Boden zu bauen.

Abg. Graf Brascha (Fr.): Wie sehen, wie schon 1896 unter vorzeitigem Führer Hume jagte, offen diesen Anfechtungsgegenstand gegenüber auf dem Standpunkte des Rechts, der Gerechtigkeit und der allgemeinen Volkswirtschaft. Das Eigentumsrecht, das unantastbar sein sollte, wird von der preussischen Anfechtungs-Gesetzgebung schwer verletzt. Die Eigentums-Verhältnisse erfolgen nicht aus unter Umständen berechtigten sachlichen politischen Gründen. Schon unter ähnlichen Umständen verließen uns, ein solches Vorgehen zu billigen.

Abg. Stadthagen (soz.) legt ausführlich dar, es sei ganz unzweifelhaft, daß die ganze Anfechtungs-Gesetzgebung in Preußen, insoweit sie Eigentums-Beschränkungen zum Ziel gehabt habe, gegen das Reichsrecht verstoße. Der vorliegende Antrag habe daher volle Berechtigung.

Abg. Gathe (fr. Sp.): Es ist klar, daß ein solcher Antrag überhaupt nicht ist. Die Anfechtungs-Gesetzgebung verleiht die Gegenstände im Osten.

Das Haus vertagt sich bis Mittwoch.

Nemesis.

23) Kriminalroman von E. Görsig.

Der Wille verhängen die schöne Frau, die mit jeder Minute ihre Bewunderer mehr blendete. Auch Leonhards Wille hatten auf Frau von Bettini, wenn auch mit etwas gemäßigten Grundtönen. — Es war ja überhaupt anders in dieser Gesellschaft, also mußten keine Ansichten auch abweichend von denen der andern sein. Seiner scharfen Beobachtung, seinen geheimen Kombinationen entsagte nichts; er sah mehr, er sah weiter als seine Spielgenossen.

"Ich wollte," fuhr Frau von Bettini fort, "da es nach meinen Gewohnheiten mir zur Nachtruhe noch zu früh war, das Lesekabinett aufsuchen, um die neugekommenen Zeitungen und Journale durchzulesen und ich bin in ein falsches Zimmer geraten; verzehnen Sie mir diese unfreiwillige Störung, meine Herren!"

"Gute Söhne," verleihte Herr von Knobelsdorf anfang, "wie uns nur erwünscht gekommen sein kann, da sie uns Gelegenheit gibt, der schönsten und verführerischsten Dame der Bodenbesitzschaft unsern Respekt zu versichern und uns um die Gnade bitten läßt, ihr unsere Namen nennen zu dürfen."

Ohne die Erlaubnis dazu abzuwarten, stellte sich Herr von Knobelsdorf mit einer tiefen Verbeugung Vivia vor.

Sämtliche Herren folgten seinem Beispiel, indem sie vor Frau von Bettini ebenfalls ihre Namen nannten.

Frau von Bettini hatte für jeden ein freundliches Lächeln, einen magnetisch wirkenden Blick.

"Da nun ein für uns so glücklicher Irrtum gewaltet hat, werden Sie, gnädige Frau, uns auch die Ehre Ihrer Gegenwart lassen, Ihre Nähe wird mir Glück bringen. Als kleines äußeres Zeichen meiner unbegrenzten Verehrung für Sie lumbert Karl auf die Dame! Die Dame wird ihrem treuesten Ritter sicher Glück bringen!"

Bei diesen Worten schob Herr von Knobelsdorf einen Hundertmarkschein auf die im Tempel liegende Herrsdame.

Frau von Bettini hatte sich gleich am Anfang seiner Rede vom Sessel erhoben.

"Umständlich," laute sie, "kann ich länger hier verweilen, selbst wenn das Zusehen des Spielers mit Unterhaltung gemächte; das würde für eine Dame wenig passend sein!"

Knobelsdorf wiederholte seine Bitte.

"Einige Minuten," wandte sich jetzt auch Herr von Techt an Vivia, indem er die Karten zu einem neuen Abzug mischte, "wird die Gnädige uns schon von ihrer kostbaren Zeit schenken, wäre es auch nur, um zu erfahren, für wen von uns sie glückbringend sein wird!"

Aber bedenken Sie, meine Herren, daß ich eine alleinstehende Witwe bin," sprach Frau von Bettini, noch immer zögernd, "was würden die höflichen Vorkommnisse in einem so kleinen Badeort wie dieser sagen, wenn es morgen bekannt würde, daß ich als einzige Dame einer Spielpartie beigewohnt hätte? Wir sind hier

nicht in der weltstädtischen Residenz; dort, wo das Einzelne im Ganzen verschwindet, würde ich wahrscheinlich diese Bedenkslichkeiten nicht empfinden."

Das war ein halbes Augenblick.

Dafür herrschte hier Vabefreiheit, gnädige Frau! meinte Herr von Knobelsdorf, während Herr von Techt wieder und immer wieder seine Karten mischte und den Entschluß Vivia abwartete, ob sie bleiben oder das Spielzimmer verlassen würde.

Leonhard war ein stummer Zuhörer geblieben; nur er allein hatte an Frau von Bettini seine Bitte, die sie zum Bleiben veranlassen sollte, gerichtet. Er beobachtete fortwährend das gleiche Schweigen, aber nicht die gleiche Unthätigkeit. Bis jetzt hatte er nur mit einem Goldstück gezielt, nun zog er seine Priesterhüte hervor und entnahm derselben die tausend Mark, die er vor seiner Abfahrt nach B. von Robert empfangen hatte.

Es waren zehn einzelne Hundertmarkstücke, die er vor sich auf den Tisch legte.

Er erlaubte, gnädige Frau, daß ich meinen Platz wieder einnehme!"

Nach diesen zu Vivia gesprochenen Worten, auf die sie ein zustimmendes Kopfnicken hatte, setzte sich Leonhard auf den schon vorher innegehabten Sessel.

Vivia schien plötzlich ihren Entschluß gefaßt zu haben.

"Sie haben recht," lächelte sie Herrn von Knobelsdorf zu, "dem Urteil der Welt kann niemand entgehen und stünde er so hoch und frei wie die Sonne am Himmel. Und wenn

wäre ich Nebensache schuldig? Niemand! Es macht mir Vergnügen, Ihre Einladung anzunehmen, ich bleibe!"

Die Gläser der Herren klangen als jubelnder Willkommensgruß für Frau von Bettini zusammen.

Herr von Knobelsdorf zog die Glode.

Der Keller erschien.

"Noch ein Glas! Dann frische Flaschen."

Der dienstbare Geist verschwand, um nach wenigen Minuten mit dem Befohlenen zurückzukehren.

Herr von Knobelsdorf kredenzte das erste Glas voll perlenden Schaumweins der schönen Frau, die sich auf einen Sessel, dem haltenden Herrn von Techt gerade gegenüber, niedergelassen hatte.

Das Spiel nahm seinen Fortgang. Frau von Bettini war zur Teilnahme daran nicht zu bewegen; scherzend, plaudernd, neckte sie halb den Bankier, halb die Spielenden, die bei aller Aufmerksamkeit auf ihr Spiel, der reisenden Frau die Anwesenheit nicht schuldig bleiben konnten.

Sie hatte in ungezwungener, aber doch äußerst grazvoller Weise ihre beiden Ellbogen auf den Tisch gestützt und die Hände leicht gefaltet.

Es war erklärlich, daß die Spieler den Karten jetzt nicht mehr ihre ungeteilte Aufmerksamkeit widmeten. Seit Vivia's Anwesenheit hatte sich der Charakter des Spiels durchaus geändert. Vorher hatten sich Gewinn und Verlust im allgemeinen ausgeglichen, jetzt gewann der Bankhalter unaufförlig.